

# Pressemitteilung

29.05.2026

Pressemitteilung von Die Linke im Regionalverband Ruhr

## Es reicht – Aktionen gegen Sozialabbau

### Die Linke im RVR ruft zur Beteiligung an bundesweiten Protesten auf

Die Fraktion Die Linke im Regionalverband Ruhr (RVR) unterstützt die bundesweiten Proteste gegen Sozialabbau, zu denen Die Linke am Montag, 1.6.2026, aufruft. In zahlreichen Städten wird es Aktionen geben, die überwiegend von Bündnissen gegen die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei sozialer Sicherheit, Arbeitsrechten, Gesundheit und Pflege geben. Dazu zählen der Angriff auf den 8-Stunden-Tag, weitere Belastungen bei Gesundheit und Pflege, verschärfte Sanktionen in der Grundsicherung sowie Kürzungen bei sozialen Leistungen und öffentlicher Infrastruktur. Gleichzeitig steigen Mieten und Lebenshaltungskosten immer weiter an.

In Essen ist eine Aktion für das Ruhrgebiet am 1.6. um 18 Uhr auf dem Viehofer Platz. Es reden unter anderem Cansin Köktürk (MdB), Alexandra Mehdi (Die Linke NRW), Christian Kallweit (BR-Vorsitzender Edeka-Lager Oberhausen und Tim Fischer (ver.di-Jugend Wetter/Ruhr).

„Mit ihren Kürzungsvorschlägen greift die Bundesregierung vieles an, was den Sozialstaat ausmacht und von demokratischen Kräften, Gewerkschaften und Sozialverbänden erkämpft wurde,“ so Wolfgang Freye, Co-Vorsitzender der Fraktion Die Linke im RVR. „Die Folgen dieser Politik werden viele Menschen im Alltag spüren, gerade im Ruhrgebiet. Denn das Ruhrgebiet ist eine der ärmsten Regionen in Deutschland und gleichzeitig eine, in der viele Menschen hart arbeiten müssen. Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht kaputt gespart werden! Viele Menschen wissen schon jetzt nicht, wie sie steigende Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise bezahlen sollen.“

„Aus unserer Sicht ist es nur konsequent, sich gegen die geplanten Maßnahmen zusammenzuschließen und gemeinsam zu protestieren,“ so Nicole Fritsche-Schmidt, Stellv. Vorsitzende der Fraktion Die Linke im RVR. „Das gilt umso mehr, als die Bundesregierung die immer krassere soziale Ungleichheit in keiner Weise ändern will und noch nicht einmal an eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften heran will.“

Weitere Termine werden zeitnah veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Sie erreichen Wolfgang Freye unter 0163-7358030 und Nicole Fritsche-Schmidt unter 0176-39492553